



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Julika Sandt, Dr. Helmut Kaltenhauser, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Vereinen aus ideologischen Gründen verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass die Gemeinnützigkeit von Vereinen in Deutschland unabhängig von der Mitgliederstruktur erhalten bleibt.

Begründung:

Vor zwei Wochen wurden Pläne bekannt, wonach Bundesfinanzminister Olaf Scholz reinen Männervereinen die Gemeinnützigkeit einschließlich der Steuervorteile entziehen möchte. Dieser Vorschlag ist abzulehnen.

Erstens legt die Mitgliederstruktur jeder Verein für sich selbst fest. Eine Bewertung der Mitgliederzusammensetzung durch den Staat und daraus aufbauende steuerliche Implikationen sind nicht hinnehmbar. Stattdessen soll der tatsächliche Beitrag zum Gemeinwohl weiterhin das entscheidende Kriterium bleiben. Zweitens können auch reine Männer- oder Frauenvereine dem Allgemeinwohl dienen. Denn die Zusammensetzung eines Vereins bestimmt nicht, ob dieser einen positiven Beitrag zum Gemeinwesen leistet.

Dorf- oder Stadtgemeinschaften leben vom vielseitigen und kreativen Zusammenleben, für das die Vereine die Grundlage schaffen. Die FDP-Fraktion möchte Traditionen und die Bräuche, die sich teilweise über mehrere Jahrhunderte gebildet haben, weiterhin erhalten und lehnt daher jegliche Einmischung des Staates auf die Mitgliederstruktur von Vereinen ab. Die Autonomie von Vereinen ist ein wichtiges Gut, das auch nicht durch steuerliche Beeinflussung einseitig eingeschränkt werden darf.

Anstatt einzelne Vereine schlecht zu reden und durch populistische Vorschläge zu gefährden, sollte sich das Bundesfinanzministerium mit der Frage beschäftigen, wie es bei den Vereinen bürokratische Hürden und Auflagen weiter verringern kann.